

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/438-1.13/90

Maßnahmen zum Umweltschutz;

Anfrage der Abgeordneten Dr. Keppelmüller
und Genossen an den Bundesminister für
Landesverteidigung, Nr. 5228/J

II-11174 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

5189/AB

1990 -05- 18

zu 5228 /J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Keppelmüller und Genossen am 20. März 1990 an mich gerichteten Anfrage Nr. 5228/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1 und 2:

Wie aus meinen ausführlichen Darstellungen anlässlich der Anfragebeantwortungen 2923 AB zu 2923/J, 2960 AB zu 2983/J und 3280 AB zu 3299/J vom 9. bzw. 13. Jänner 1989 und vom 26. April 1989 zum Thema Umweltschutz ersichtlich ist, wurden in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um den Umweltschutzgedanken bei den verschiedenen Aktivitäten meines Ressorts im größtmöglichen Umfang mit einzubeziehen.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung besitzt auf dem Gebiete des Umweltschutzes bekanntlich keine Primärkompetenz für die Vorbereitung legislativer Maßnahmen. Wie der folgenden schlagwortartigen Auflistung der wichtigsten Umweltschutzaktivitäten meines Ressorts zu entnehmen ist, konnte aber dessen ungeachtet auch in meinem Ministerium eine Vielzahl bedeutender Umweltschutzaktivitäten in den Bereichen "Luft", "Wasser", "Boden", "Naturschutz", "Abfall", "Lärm" und "Landschaftsschutz" gesetzt werden:

I. Ausbildung:

Zunehmende Verwendung von Simulationssystemen;

Erstellung umweltfreundlicher Verhaltensregeln u.a. für Schießvorhaben, den Stellungsbau, für das Kraftfahrwesen, für das Übungsende etc.;

Durchführung eines jährlichen Umweltschutztages bei der Truppe mit Säuberungs-, Begrünungs-, Aufforstungsaktionen, Aktionen zur Wiederverwertung von Altstoffen etc. (Leistung von 28.131 Stunden durch 5.155 Mann beim Umweltschutztag 1989);

Beseitigung von Umweltschäden in Ergänzung von Assistenzleistungen im Rahmen von Katastropheneinsätzen (z.B. Sturmkatastrophe Feber/März 1990 rund 300.000 Arbeitsstunden allein in Oberösterreich).

Ausarbeitung und Verteilung eines übersichtlichen Faltblattes ("Umweltschutz im Bundesheer") sowie dreier Umweltbroschüren ("Für Frieden und Umweltschutz", "Seltene und schützenswerte Pflanzenarten", "Seltene und schützenswerte Tierarten") für die ressortin- und -externe Verwendung.

II. Beschaffung:

Ankauf und Einsatz von Dieselfahrzeugen und Fahrzeugen mit Katalysator;

Einführung von asbestfreien Bremsbelegen;

Ankauf von Prüf- und Meßgeräten für die Abgasemission;

Einführung und Erprobung eines "Umweltschutzetiketts" für die umweltfreundliche Beschaffung von Produkten unter Berücksichtigung des Aspektes der Entsorgung;

Ankauf und Einführung von Recycling-Schreib- und -Kopierpapier sowie umweltfreundlichen Bürobedarfs;

Umstellung auf Bio-Kettenöl auf Rapsbasis, biologisch abbaubare Wasch- und Reinigungsmittel, umweltfreundliches Hydrauliköl, formaldehydfreie militärische Bekleidung;

stärkere Berücksichtigung abfallarmer Produkte (einschließlich deren Verpackung) bei Ausschreibungen.

- 3 -

Kompostierung von Pflanzenresten zur Produktion von Humusdünger;
Erprobung eines Auffangsackes für abgeschossene Übungspatronen;
Mitführen von Abfallbehältern bei Übungen und beim Gefechtsdienst.

IV. Sonderabfallbehandlung:

Erprobung einer dezentralen Entsorgung überwachungsbedürftigen Sonderabfalls durch private Firmen.

V. Schadstoffemissionen:

Einbau von Rußfiltern in Dieselmotoren;
Mitführen von Ölbindemitteln;
Einbau von Ölabscheidern in Werkstätten und auf Parkplätzen.

VI. Alternativenergie:

Installation einer mit Pferdemit betriebenen Heizung in einigen Objekten am TÜPL Hochfilzen;
Holzschnitzelheizung im Heeresmunitionslager Stadl Paura, im Landwehrlager Seebenstein und am TÜPL Hochfilzen;
Warmwasseraufbereitung unter Verwendung einer Solaranlage in der Kaserne Kranebitten;
Einsatz von Wärmepumpen am Militärflugplatz Wr. Neustadt;
Anschluß zahlreicher Kasernen an Fernwärmenetze.
Projektuntersuchungen mit anderen Alternativenergien:

- Solargenerator;
- Photovoltaik;
- Elektrochemische Erzeugung von Strom aus Chemikalien (Polymer-Elektrolyt-Membran-Brennstoffzelle);
- Trockenbatterien, wiederaufladbare Zink-Braunstein-Batterien (Pilotprojekt);
- Biosprit aus Rapsöl für den Betrieb von LKWs (Pilotprojekt).

VII. Energiesparmaßnahmen:

Vermehrte Bahn-Truppentransporte;
Tempobegrenzungen.

VIII. Lärmschutz:

Auftragserteilung hinsichtlich zahlreicher wissenschaftlicher Studien bzw. Analysen zum Themenbereich Fluglärm;
Mitarbeit am Entwurf eines Fluglärmgesetzes;
Optimierung des Fluglärmverfahrens in Graz und Zeltweg einschließlich der Errichtung von Deflektoren;
Errichtung von Lärmschutzhallen auf den Militärflugplätzen Zeltweg und Graz;
Installation von Lärmmeßgeräten;
Modifikation des Start- und Landeverfahrens der düsenbetriebenen Militärflugzeuge;
Einführung von Simulationssystemen für die Fahr-, Flug- und Schießausbildung;
Anpflanzung von lärmdämmenden Grüngürteln.

IX. Landschafts- und Naturschutz:

Eingliederung eines Bioklos als Mob-Bestandteil;
"Studie Großmittel" (Bestandsaufnahme von Tieren und Pflanzen; vegetationskundliche Erhebungen; TÜPl als Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten trotz Nutzung);
Errichtung von Feuchtbiotopen.

X. Bodenschutz:

Durchführung von Bodenschutzmaßnahmen in Form von Düngeversuchen, pH-Wert-Messungen, Boden- und Wasserproben;
Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in den Versuchsbieten Langenlebarri, Zeltweg und Allentsteig.

XI. Erstellung eines Umweltschutzkonzeptes:

Ausarbeitung einheitlicher Richtlinien für die verstärkte Umsetzung von Umweltschutzaktivitäten im Ressort, insbesondere für den Bereich der Beschaffung und der Ausbildung (einschließlich der verstärkten Vermittlung umweltfreundlicher Lehrinhalte an die Soldaten im Sinne eines "Multiplikatoreffektes").

XII. Umweltschutzeinrichtungen im Bundesministerium für Landesverteidigung:

- 5 -

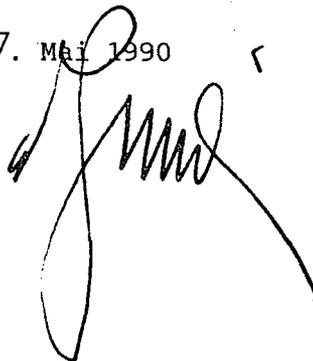
XII. Umweltschutzeinrichtungen im Bundesministerium für Landesverteidigung:

Büro für Umweltschutzangelegenheiten, Kommission für Umweltschutz, "Umweltschutzbeauftragte", Umweltschutzsachverständige und Experten in Kasernen.

Zu 3:

Als wichtigste Maßnahme im Sinne der Fragestellung verweise ich auf den vorliegenden Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Flugplätze Graz-Thalerhof und Zeltweg. Diese Vereinbarung, die seitens des Bundes vorbehaltlich der Genehmigung durch den Nationalrat abgeschlossen wird, bildet die Rechtsgrundlage dafür, um dem Land Steiermark Bundesmittel in der Höhe von maximal 100 Millionen Schilling zum Zwecke der Übernahme der Kosten baulicher Lärmschutzmaßnahmen oder der Ablöse von Grundstücken zur Verfügung zu stellen.

17. Mai 1990

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'S' followed by several loops and a long horizontal stroke extending to the right.